

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 1
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5524100 Personenstands- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Staatsangehörigkeit	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Staatsangehörigkeit verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Reduzieren der Prüftiefe bei der Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen in definierten Einzelfällen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>In Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern wird bei Personen, die seit mindestens 12 Jahren im Besitz von deutschen Ausweispapieren sind, auf die Prüfung der Abstammung rückwirkend bis 1937 verzichtet. Jährlich betrifft dies etwa 100 Fälle.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 2
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Paßregister Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Bürgeranliegen verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einrichten von Servicepoints in den Bürgerbüros		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>In allen Wartezonen des Bürgerbüros Ruppertstraße sowie in den vier Außenstellen wurden sukzessive Servicepoints eingerichtet, zuletzt im Jahr 2014 im Bürgerbüro Pasing. Die Servicepoints sind erste Anlaufstelle zur Information, Beratung und zur Bearbeitung bestimmter schnell zu erledigender Vorgänge. Es erfolgt zudem eine Prüfung hinsichtlich erforderlicher Unterlagen.</p> <p>Damit wird die Abwicklung des Kundenverkehrs beschleunigt und die Wartezeit verkürzt. Dieser Bürgerservice wirkt sich auf die Gesamtzahl der Kundinnen und Kunden (ca. 850.000) aus, die pro Jahr in den Bürgerbüros vorsprechen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 3
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Reduziere der Prüftiefe bei der Gebührenerhebung beim Übertrag von Niederlassungserlaubnissen für türkische Staatsangehörige		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bei der Ausstellung von Aufenthaltstiteln für türkische Staatsangehörige mit einer Berechtigung nach ARB (Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrats EWG/Türkei) fällt eine deutlich niedrigere Gebühr an.</p> <p>Da in der überwiegenden Zahl der Fälle die Berechtigung nach ARB vorliegt (über 98% gemäß einer Testauswertung von Juni 2014) und somit eine niedrigere Gebühr für den Übertrag der Niederlassungserlaubnis anfällt, erhebt die Ausländerbehörde München nach einer Plausibilitätsprüfung im Regelfall automatisch die Gebühr gemäß ARB-Recht.</p> <p>Eine tiefgehende Prüfung hinsichtlich eines eventuell höheren Gebührentatbestandes im Einzelfall würde einen unverhältnismäßig hohen Personalaufwand erfordern.</p> <p>Diese Vereinfachung betrifft pro Jahr etwa 8.000 Fälle.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 4
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5539000 Fahrzeugzulassungen	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter Zulassungsvorgänge Händlerschalter	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrzeug zulassen (Importfahrzeuge)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Ermöglichen einer automatisierten Abfrage beim Kraftfahrtbundesamt bzgl. gestohlener Fahrzeuge („EUCARIS-Abfrage“)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bei EUCARIS handelt es sich um ein System für den sicheren EU-weiten Austausch von Fahrzeug- und Fahrerlaubnisregisterdaten zwischen berechtigten öffentlichen Stellen.</p> <p>In EUCARIS sind europaweit die gestohlenen Fahrzeuge aus den EU-Staaten, die an dieses Datensystem angeschlossen sind, aufgelistet. Seit dem Jahr 2011 besteht die gesetzliche Verpflichtung, vor Zulassung eines Importfahrzeuges aus besagten Ländern zu überprüfen, ob ein Fahrzeug als gestohlen gelistet ist. Dadurch soll verhindert werden, dass ein gestohlenen Fahrzeug auf dem Wege des Importes „legalisiert“ wird.</p> <p>EUCARIS vernetzt die zentralen nationalen Verkehrsregister. Die KfZ-Zulassungsstelle und Fahrerlaubnisbehörde kann über das Kraftfahrtbundesamt in anderen Ländern Fahrzeug- oder Führerscheindaten auf Basis der für sie relevanten Rechtsgrundlage(n) abfragen.</p> <p>EUCARIS soll direkt in KFZ/CS eingebunden werden, so dass jede Sachbearbeiterin und jeder Sachbearbeiter diesen Abruf tätigen kann. Bisher erfolgten die Abfragen beim Kraftfahrtbundesamt telefonisch. Künftig kann eine Abfrage wie ein Auskunftsdiallog, aber mit einem zusätzlichen Aufruf, z.B. mit Kennzeichen und Fahrgestellnummer, vorgenommen werden, wodurch sich insgesamt eine Erleichterung bei der Sachbearbeitung ergeben dürfte. Insgesamt gab es im Jahr 2013 7.475 Importzulassungen, davon ca. 35% aus Ländern, die an EUCARIS beteiligt sind.</p> <p>Die Maßnahme wird im Laufe des 1.Quartals 2015 abschließend umgesetzt sein, erste Testungen laufen bereits.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 5
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5541200 Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
<ul style="list-style-type: none"> • Einsatzgebühren verrechnen • Fehlalarme aus Brandmeldeanlagen verrechnen • Brandmeldeanlagengebühren verrechnen 		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen eines IT-gestützten Verfahrens zum Erstellen von Gebührenbescheiden		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Seit April 2014 ist eine IT-unterstützte Bescheiderstellung von Gebührenforderungen möglich. Hierbei handelt es sich um eine verwaltungsinterne Maßnahme zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Sachbearbeitung, zur Sicherstellung des rechtmäßigen Verwaltungshandelns innerhalb der vorhandenen Ressourcen und zur Einnahmensicherung.</p> <p>Im Zuge einer Erweiterung soll auch das vorgelagerte Anhörungsverfahren IT-gestützt und teilautomatisiert ablaufen (→ Maßnahme Nr. 30).</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 6
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
55110000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Fundsachen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fundsachen verwalten (Bearbeiten von Verlustanzeigen)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen des Online-Dienstes „Verlustanzeige Online“		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Vor Umsetzung der Maßnahme konnten Verlustanzeigen nur persönlich oder schriftlich abgegeben werden. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des Fundbüros recherchierten in der Folge im Fachverfahren FELIX, ob die angefragte Fundsache im Fundbüro vorlag.</p> <p>Nun können Verlustanzeigen für bestimmte Fundsachenkategorien (in aller Regel sind dies Gegenstände, die sich gut identifizieren lassen) online erfolgen, eine persönliche Vorsprache oder eine schriftliche Anfrage ist entbehrlich. Nach Aufgabe der Verlustanzeige prüft das Fachverfahren FELIX automatisch („matching-Verfahren“), ob die Fundsache im Fundbüro verwaltet wird.</p> <p>In 2013 wurden ca. 53.000 Verlustanzeigen an das Fundbüro gerichtet.</p> <p>In den ersten Wochen seit Einführung wurde „Verlustanzeige-Online“ rege in Anspruch genommen. Eine Arbeitserleichterung ist insbesondere durch eine Reduzierung der Vorsprachen eingetreten. Allerdings muss das „matching-Verfahren“ noch weiter optimiert werden, um eine tatsächliche Verbesserung zu erzielen.</p> <p>Derzeit wird die Erleichterung durch die Reduzierung der Vorsprachen noch durch das in vielen Fällen erforderliche manuelles Nacharbeiten von Online-Anfragen aufgezehrt.</p> <p>Voraussetzung für die „Verlustanzeige Online“ ist ein Bürgerkonto im Online-Service-Portal. „Verlustanzeige – Online“ ist ein Online-Service im Rahmen des stadtweiten E- und Open-Governmentprojektes, der es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, bequem von zu Hause oder von unterwegs aus den Service der Stadt rund um die Uhr zu nutzen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 7
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Gastronomie (Sondernutzungserlaubnis)	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Sondernutzungen erteilen, überwachen und abrechnen (Genehmigen von Freischankflächen)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Neufassen der Richtlinien für Sondernutzungen an den öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt München - Unbefristetes Erteilen von Sondernutzungserlaubnissen für Freischankflächen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und des wachsenden Bedürfnisses, den öffentlichen Straßenraum zu nutzen, wurden im Jahr 2014 die städtischen Sondernutzungs-richtlinien angepasst (Beschluss Stadtrat vom 09.04.2014, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 14456).</p> <p>Bis zur der Änderung der Verwaltungspraxis wurden die Sondernutzungserlaubnisse für Freischankflächen (Aufstellen von Tischen und Stühlen auf öffentlichem Straßenraum) jeweils nur befristet auf ein Jahr erteilt.</p> <p>Die Neuregelung beinhaltet, dass die Sondernutzungserlaubnisse für Freischankflächen nur noch einmalig vor Beginn der Nutzung beantragt werden müssen; sie werden nun nicht mehr jährlich befristet, sondern widerruflich auf Dauer erteilt.</p> <p>Eine Verlängerung bzw. Wiedererteilung der insgesamt rund 2.300 Sondernutzungserlaubnisse für Freischankflächen ist daher bei unveränderten Bedingungen nicht mehr notwendig.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 8
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5524100 Personenstand und Staatsangehörigkeit	Beurkundung von Geburten, Ehe etc.	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Personenstand verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Erstellen von Personenstandsunterlagen aus dem Zentralen Elektronischen Personenstandsregister (ZEPR)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Mit der Einführung des ZEPR in Bayern wurde eine Datenbank geschaffen, die es den bayerischen Standesämtern ermöglicht, personenstandrechtliche Beurkundungen im Bundesland Bayern einzusehen und Personenstandsunterlagen daraus zu erstellen, sofern die Personenstandseinträge elektronisch erfasst sind. Für Kundinnen und Kunden können somit künftig vermehrt wiederholte Vorsprachen in personenstandsrechtlichen Verfahren entfallen. Die Beschaffung dieser Urkunden bei anderen bayerischen Standesämtern entfällt in diesen Fällen für Kundinnen und Kunden. Vor diesem Hintergrund werden auch weniger Anfragen an die Standesämter München und München-Pasing gestellt. Tatsächlich spürbare Verbesserungseffekte werden erst mittelfristig eintreten, da zunächst eine sukzessive Nacherfassung der Personenstandsdaten im ZEPR erforderlich ist.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

--

Kategorie 2:	Nr. 9
Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen	
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
5524100 Personenstands- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Verleihen der deutschen Staatsangehörigkeit
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess	
Einbürgerung durchführen	
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene	
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen	
Bezeichnung der Maßnahme	
Vereinfachtes Nachreichen von Unterlagen im Einbürgerungsverfahren	
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen	
<p>Nachzureichende Unterlagen können seit der Änderung im Sinne einer Standardreduzierung in Kopie per Post bzw. Fax und E-Mail übermittelt werden.</p> <p>Die Vorlage von Originaldokumenten ist nur noch in Ausnahmefällen (z. B. bei Fälschungsverdacht) erforderlich.</p> <p>Durch diese Maßnahme ist in etwa 2.000 Fällen pro Jahr eine zusätzliche Vorsprache entbehrlich.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs	

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität	
Kategorie 2:	
Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen	
Nr. 10	
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
5524000 Personenstands- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Verleihen der deutschen Staatsangehörigkeit
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess	
Einbürgerung durchführen	
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene	
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen	
Bezeichnung der Maßnahme	
Absenken der Anforderungen im Einbürgerungsverfahren in definierten Einzelfällen	
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen	
<p>Aktuelle Geburtsurkunden müssen seit der Änderung im Sinne einer Standardreduzierung nur in Fällen vorgelegt werden, in denen die Personalien einer älteren Geburtsurkunde von dem im Pass eingetragenen Daten abweichen. In den Fällen ohne Abweichung werden im Einbürgerungsverfahren auch ältere Geburtsurkunden akzeptiert.</p> <p>Die Vereinfachung betrifft pro Jahr etwa 3.000 Fälle.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs	

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität	
Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen	
Nr.11	
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess	
Zentralregistrauskunft beantragen	
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene	
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen	
Bezeichnung der Maßnahme	
Bereitstellen eines Online-Angebotes zur Beantragung von Führungszeugnissen und Gewerbezentralregistrauszügen	
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen	
<p>Bisher war zur Beantragung eines Führungszeugnisses oder einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister die persönliche Vorsprache im Bürgerbüro erforderlich. Eine schriftliche Antragstellung ist zwar grundsätzlich möglich, bedarf aber einer amtlichen Beglaubigung der Unterschrift und ist in der Praxis daher zu vernachlässigen.</p> <p>Das Bundesamt für Justiz hat seit September 2014 die Möglichkeit eröffnet, Führungszeugnisse und Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister online zu beantragen. Damit entfällt die persönliche Vorsprache in den Meldebehörden.</p> <p>Hierzu ist jedoch der Besitz eines elektronischen Personalausweises oder elektronischen Aufenthaltstitels mit Online-Ausweisfunktion erforderlich.</p>	

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

<p>Das Internetangebot des Kreisverwaltungsreferates weist mit einer entsprechenden Verlinkung auf das Serviceangebot des Bundesamtes für Justiz hin.</p> <p>Jährlich werden in München rund 80.000 Anträge gestellt. Wegen der technischen Voraussetzung eines elektronischen Personalausweises bzw. elektronischen Aufenthaltstitels für die Inanspruchnahme der Online-Dienste wird der Effekt in den Meldebehörden erst über einen längeren Zeitraum spürbar werden. Das Angebot des Online-Führungszeugnisses wird jedoch die Attraktivität für die Nutzung der eID-Funktion des ePA und eAT steigern. Derzeit liegt der Anteil der Personen mit aktivierter eID-Funktion in München bei knapp unter 50 Prozent.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität 	
Kategorie 2:	Nr. 12
Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen	
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess	
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern	
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene	
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen	
Bezeichnung der Maßnahme	
Vereinfachtes Nachreichen von Unterlagen bei der Erteilung bzw. Verlängerung von Aufenthaltstiteln	
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen	
<p>Fehlen bei der Vorsprache von Kundinnen und Kunden im Rahmen der Terminvereinbarung noch Unterlagen/Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen und geht die Sachbearbeiterin bzw. der Sachbearbeiter davon aus, dass diese nachgereicht werden können, wird der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) dennoch bestellt, so dass keine zweite Vorsprache erforderlich wird.</p> <p>Eine Nachreichung der Unterlagen ist per E-Mail oder über den Postweg möglich. Eine Ausgabe des eAT erfolgt jedoch erst nach Freigabe durch die Sachbearbeiterin bzw. den Sachbearbeiter. Diese Vereinfachung betrifft pro Jahr etwa 3.000 Fälle.</p>	

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile: <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität	
Kategorie 2:	Nr. 13
Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen	
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
55380000 Verkehrsüberwachung	Erteilung von Parkausweisen/Parkerleichterungen
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess	
Parkausweise verwalten (Verlängerung Bewohnerparkausweise)	
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene	
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet / konkret geplant, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen	
Bezeichnung der Maßnahme	
Automatisierte Verlängerung von Bewohnerparkausweisen	
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen	
Im Zuge der Einführung des Fachverfahrens VESPA* wurde für die Ausweisart „Bewohner“ die Möglichkeit einer vollautomatischen Verlängerung geschaffen. Der Kreis der Berechtigten (Voraussetzungen: unveränderter Wohnsitz im Bereich eines Parklizenzengebietes und unveränderter Status „eigenes Kfz“ bzw. „zur dauerhaften Nutzung überlassenes Kfz“) erhält vor Ablauf des auf ein Jahr befristeten Bewohnerparkausweises ein Erinnerungsschreiben mit dem das Angebot der automatischen Verlängerung. Nach Überweisung der Gebühr für den Bewohnerparkausweis (derzeit 30,- €), wird der neue Bewohnerparkausweis auf vollautomatischem Wege gedruckt und an die Antragstellerin/den Antragsteller versandt. Eine persönliche Vorsprache bzw. Verlängerung auf postalischem Wege ist nicht mehr notwendig.	

* Vollständige Erfassung und Speicherung von Parkausweisen und Ausnahmegenehmigungen (VESPA)

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

VESPA wurde in 2009 eingeführt, die ersten automatischen Verlängerungen erfolgten in 2010. Im Jahr 2013 wurden ca. 65.000 von insgesamt 85.500 möglichen Bewohnerparkausweisen im Wege des automatisierten Verfahrens verlängert.

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Kategorie 3: Zusammenlegung von Dienstleistungen		Nr. 14
Produktnummer/-bezeichnung		
Produktleistung		
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Paßregister, - Melderegister	
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Fundsachen	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Gewerbewesen	
5539000 Fahrzeugzulassungen	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Bürgeranliegen verwalten Fundsachen verwalten Gewerbe verwalten Fahrzeuge verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> / <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Weiterentwickeln der Meldestellen zu Bürgerbüros - Erweitern der Aufgaben der Einwohnermeldestelle um Dienstleistungen aus dem Bereich der Gewerbebehörde und der Fahrzeugzulassungsbehörde sowie der Entgegennahme von Fundsachen.		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Mit der Umwandlung der ehemaligen Einwohnermeldeämter in Bürgerbüros wurden neben den herkömmlichen Serviceleistungen der Einwohnermeldestelle auch Dienstleistungen aus dem Bereich der Gewerbebehörde (Gewerbeab- und Ummeldung) und der Fahrzeugzulassungsstelle (z.B. Zulassung eines Neuwagens) sowie die Entgegennahme von Fundsachen angeboten.

Die Weiterentwicklung der Meldestellen zu Bürgerbüros führte zu einer Reduzierung bzw. Entzerrung der Vorsprachen im Bereich der Gewerbe- und Fahrzeugzulassungsbehörde sowie im Fundbüro. In den Bürgerbüros werden rund 78.000 Vorgänge im Jahr aus diesen Bereichen bearbeitet.

Daneben wurde das Serviceangebot für die Bürgerinnen und Bürger enorm verbessert. Dies wirkt sich insbesondere für Neubürgerinnen und Neubürger aus, denn deren Behördengänge sind oft auf nur einen einzigen Besuch reduziert.

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls	Nr. 15
---	---------------

Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Gastronomie (Gaststätten- und Sondernutzungserlaubnis)

Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess

Gaststätten verwalten
Sondernutzungen erteilen, überwachen und abrechnen

Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene

- Maßnahme bereits umgesetzt seit: (Angabe in MM/JJJJ)
- Maßnahme wird umgesetzt zum:
- Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum:
- Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen

Bezeichnung der Maßnahme

Einführen der Terminvereinbarung bei den Bezirksinspektionen

Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Im Bereich der Bezirksinspektionen wird verstärkt dazu übergegangen, persönliche Vorsprachen nach vorheriger Terminvereinbarung abzuwickeln.
 Die personellen Ressourcen innerhalb der Dienststelle werden dadurch optimal ausgeschöpft. Zudem eröffnet es den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern die Möglichkeit, sich gezielt auf Sachverhalte und den jeweiligen Vorgang vorzubereiten. Auch dadurch kann eine effizientere Abwicklung des Publikumsverkehrs erreicht werden.
 Zudem wird die Wartezeit für Bürgerinnen und Bürger minimal gehalten.
 Das Angebot der Terminvereinbarung wird einem großen Teil des Publikumsverkehr in Anspruch genommen. Pro Woche sprechen rund 400 Personen in den Bezirksinspektionen vor, ca. 2/3 der Vorsprachen werden vorher terminiert.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Kategorie 4:		Nr. 16
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Gewerbewesen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Gewerbeanzeigen entgegennehmen und bestätigen Gewerbeerlaubnisse erteilen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen der buchstabenunabhängigen Sachbearbeitung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Die Zuständigkeiten der Sachbearbeitung war vor Einführung der Maßnahme über die sogenannte Buchstabenregelung festgelegt.
 Mit Einführung einer buchstabenunabhängigen Sachbearbeitung konnte eine gleichmäßige Verteilung der Kundinnen und Kunden auf alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erfolgen. Dies sorgt für verbesserte Rahmenbedingungen und eine effizientere Arbeitsweise.
 Im Jahre 2013 wurden ca. 35.000 Gewerbeanzeigen im Parteiverkehr entgegengenommen und bestätigt sowie 800 gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Kategorie 4:		Nr. 17
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5524100 Personenstands- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Beurkundung von Geburten, Ehe, etc.	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Geburten beurkunden		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen der Terminvereinbarung für die Bearbeitung von komplexen Beurkundungen von Geburten		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Über die Servicetelefongruppe des Standesamt können für die Anmeldung komplexer Erstbeurkundungen von Geburten beim Standesamt München Termine vereinbart werden. Durch diese Maßnahmen wurden Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise geschaffen.

Die personellen Ressourcen innerhalb der Dienststelle werden optimal ausgeschöpft. Durch dieses Angebot können etwa 1.000 Fälle pro Jahr im Rahmen einer Terminvereinbarung bearbeitet werden.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 18
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet / konkret geplant, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einrichten des Service-Centers für internationale Fach- und Führungskräfte (SCIF)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Mit der Einrichtung des Service-Centers für internationale Fach- und Führungskräfte konnte eine wesentliche Beschleunigung der Verwaltungsvorgänge erreicht werden, da aufgrund der Spezialisierung und Personalzuschaltung die Anliegen der Zielgruppe und von deren Familienangehörigen zeitnaher und mit einem erweiterten Beratungsangebot erfüllt werden können.</p> <p>So wurden im Zeitraum von einem Jahr rund 10.400 Aufenthaltstitel (Tendenz steigend) im Service-Center erteilt und monatlich zirka 2.500 Anfragen nach Terminen, Auskünften und Einreisebedingungen bearbeitet.</p> <p>Auch durch das sog. „München-Modell“ (auf Bitten der in München ansässigen Firmen erfolgt eine Vorabprüfung und das Einholen der erforderlichen ZAV-Zustimmung¹ durch die Ausländerbehörde vor Einleitung des Visumsverfahrens) konnten ebenfalls wesentliche Verfahrensbeschleunigungen erreicht werden, da hierdurch keine weiteren Beteiligungen und Prüfungen im Visumsverfahren durch die örtlichen Auslandsvertretungen mehr notwendig sind. Dieses Verfahren wird zwischenzeitlich von anderen großen deutschen Städten im Interesse der Förderung der ansässigen Wirtschaftsunternehmen ebenfalls angewandt.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		

¹ Zustimmung der ZAV (Zentrale Auslands- und Fachvermittlung) zur Aufnahme der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer/-innen

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 19
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung Aufenthaltsbeendigung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Ausländerangelegenheiten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet / konkret geplant, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen der elektronischen Akte in der Ausländerbehörde (IDA)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bis 2008 wurden die Akten der Ausländerbehörde in Papierform geführt. Dies führte dazu, dass in der Regel nur die zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter innerhalb des Buchstabenbereiches die vorsprechenden Kundinnen und Kunden bedienen und einzelfallbezogene Auskünfte erteilen konnten, auch wenn ggf. andere Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter gerade Zeitkapazitäten hatten. Bei jeder Vorsprache mussten daher in der Regel lange Wartezeiten im Wartebereich in Kauf genommen werden, obwohl nicht gewährleistet war, ob dem Anliegen in der Sache nachgekommen werden kann. Darüber hinaus mussten bei Beschwerden oder kurzfristigen Rückfragen die Akten jeweils aus den Zimmern der zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter oder aus der Registratur geholt werden. Die Akten waren aber z. B. bei sachgebietsübergreifenden Befassungen mit den Fällen oftmals nicht kurzfristig verfügbar.</p> <p>Durch die Einführung der elektronischen Akte (als erste Ausländerbehörde bundesweit) besteht jetzt grundsätzlich die Möglichkeit, von jedem Arbeitsplatz aus Einsicht in die Akte zu nehmen und auch die Bearbeitung des Falles für einen größeren Personenkreis zu öffnen. Zwar gibt es im Bereich Aufenthaltsgewährung weiterhin eine buchstabenbezogene Aufteilung in vier Sachgebiete, um die vorsprechenden Kundinnen und Kunden auf die vorhandenen Wartebereiche zu verteilen, grundsätzlich kann aber jede Mitarbeiterin/jeder Mitarbeiter des Bereichs, aber auch z. B. des Servicetelefon, die gewünschten Auskünfte geben und ggf. die Sachbearbeitung übernehmen.</p> <p>Hierdurch wurde die Wartezeit für die Vorsprechenden deutlich reduziert; bereits am Servicepoint kann durch einen Blick in die elektronische Akte geklärt werden, ob alle Unterlagen für die weitere Bearbeitung des Anliegens vorliegen. Dies gilt auch für die Sonderbereiche Service Center für internationale Fachkräfte (SCIF), Studentenangelegenheiten, Werkverträge sowie Asylangelegenheiten.</p>		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

In vielen Fällen wird hierdurch eine wiederholte Vorsprache entbehrlich.

Darüber hinaus haben alle Bereiche, die ggf. zeitgleich mit dem Fall befasst sind, Zugriff auf den aktuellen Bearbeitungsstand, was sich positiv auf die Bearbeitungszeit auswirkt.

Des Weiteren wurden hierdurch neue Möglichkeiten der Aushilfe zwischen einzelnen Bereichen geschaffen. So finden in der Hochphase der Studenteneinschreibungen regelmäßig „Studentenmittwoche“ statt, an welchen alle Sachgebiete der Ausländerbehörde in einer konzentrierten Aktion Aufenthaltstitel an Studierende erteilen. Im kurzfristigen Bedarfsfall können Kundinnen und Kunden in andere Bereiche weitergeleitet werden.

Im Ergebnis betrifft der positive Effekt nahezu alle Vorsprachen bei der Ausländerbehörde, d. h. ca. 380.000 jährlich.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 20
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet / konkret geplant, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen der Terminvereinbarung in der Ausländerbehörde		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Im Bereich der Unterabteilung 2, Aufenthaltsgewährung, wird seit Mai 2012 ein - vorerst noch nicht IT-basiertes - System der Terminvereinbarung angewandt. So werden alle Kundinnen und Kunden, deren Aufenthaltserlaubnis abläuft, angeschrieben und zur Vorsprache zu einem bestimmten Termin gebeten. Kundinnen und Kunden, die neu zuziehen oder aus anderen Gründen nicht im Anschreibesystem erfasst sind, vereinbaren im Rahmen einer persönlichen Vorsprache am Servicepoint, telefonisch oder per E-Mail einen Termin zur Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis.</p> <p>Hierdurch kann der Parteiverkehr entzerrt und auch im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter besser gesteuert werden. Die Zahl der Vorsprachen, welche aufgrund fehlender Unterlagen ergebnislos bleiben, kann reduziert werden. Zudem wird die Wartezeit für Bürgerinnen und Bürger in den Wartebereichen minimal gehalten.</p> <p>Im Laufe des Jahres 2015 soll – nach einer Erprobungsphase im Bereich der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde – ein IT-System zur Terminvereinbarung eingeführt werden, welches im optimalen Fall den durch die Terminvereinbarung entstehenden Steuerungs- und Anschreibeaufwand reduzieren wird.</p> <p>Im Übrigen werden auch in den anderen Bereichen der Ausländerbehörde anlassbezogen in Einzelfällen individuell Termine vereinbart.</p> <p>In der Unterabteilung 2, Aufenthaltsgewährung, wurden 2014 insgesamt 12.549 Terminanschreiben erstellt. Insgesamt wurden in diesem Bereich im Jahr 2014 ca. 30.000 Termine abgewickelt.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 21
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5537000 Verkehrsmanagement	Verkehrsanordnungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Verkehr anordnen (Bearbeiten von Anträgen auf Sondernutzungen auf öffentlichem Grund Erlassen von verkehrsrechtlichen Anordnungen)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einrichten einer zentralen Stelle (Servicebüro) zur Beantragung von Sondernutzungen auf öffentlichem Verkehrsgrund (für Baumaßnahmen) und sonstigen Angelegenheiten		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Im bisherigen Prozessablauf war es möglich, dass Antragstellerinnen und Antragsteller während der Öffnungszeiten uneingeschränkt den persönlichen Kontakt zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern suchen, Anträge abgeben und häufig die verkehrsrechtliche Erlaubnis unmittelbar erhalten konnten. Den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern blieb somit nur wenig Zeit für eine konzentrierte Bearbeitung von komplexen und langwierigen Vorgängen sowie die notwendigen Ortstermine und Baustellenkontrollen.</p> <p>Mit der Einführung eines Servicebüros werden an einer zentralen Stelle alle Anträge auf verkehrsrechtliche Erlaubnisse für Sondernutzungen auf öffentlichem Verkehrsgrund entgegen genommen.</p> <p>Dabei erfolgt eine Vorprüfung der Anträge auf ihre Fristeinhaltung, Vollständigkeit und Machbarkeit. Nur vollständige und inhaltlich hinreichend dargelegte Anträge werden im Anschluss durch die zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bearbeitet.</p> <p>Die weitere Bearbeitung der Anträge kann unter optimierten Rahmenbedingungen konzentriert bearbeitet werden. Rückfragen zur Antragsstellung werden erheblich reduziert, da höhere Qualitätsansprüche an die Anträge gestellt werden.</p> <p>Im Ergebnis erhalten die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter mehr Zeit für eine qualitativ hochwertige Sachbearbeitung. Ein persönlicher Kontakt mit den Antragsstellerinnen und Antragstellern wird gezielt über eine Terminvereinbarung gesteuert.</p> <p>Die Rahmenbedingungen für die Sachbearbeitung werden insgesamt gesteigert.</p> <p>Jährlich werden ca. 22.000 Sondernutzungen im Rahmen von Baumaßnahmen auf öffentlichem Verkehrsgrund und 10.000 Anzeigen von kleineren Einzelmaßnahmen bearbeitet.</p>		

Anlage 2 Konkrete Beschreibungen bereits umgesetzter Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise